

FORUM – Jahresbericht 2009 des Präsidenten

Demokratie In der Kommission „Behörden- und Verwaltungsreform“ wirkte Walter Bruderer als FORUM-Vertreter mit; er hätte am liebsten nur 3 vollamtliche Gemeinderäte gesehen. Wichtige Etappen Richtung Realisierung wurden abgeschlossen.

Die von uns unterstützte Einführung der Regionalkonferenz Mittelland (RK) wurde am 17. Mai vom Volk genehmigt. Die RK soll die Planung vereinfachen. Sie ist jedoch keine neue Steuerhoheit-Zwischenstufe zwischen Kanton und Gemeinden. Darum wollten wir in Ostermundigen mit einer Interpellation sicherstellen, dass die im Gemeindegesezt vorgesehene Konsultation des Parlaments auf sinnvolle Weise stattfindet. Die Antworten des Gemeindepräsidenten zeigten jedoch, dass er dem Einbezug des Parlaments nicht die nötige Bedeutung zumisst.

Die Stimmbeteiligung ist verbesserungswürdig. Im April schrieben wir in der Bantiger Post, vielleicht sollte man die Leute (Bundes-, Kts.- und Gemeindeebene) vermehrt - wenigstens konsultativ - über wichtige Aspekte abstimmen lassen (z.B. Bankgeheimnis, Bonuszahlungen, Wechsel Bus → Tram). Unser Antrag, das Volk über die gemeinderätliche Absicht, alles noch vorhandene Grün zu überbauen, abstimmen zu lassen, wurde von Gemeinderat und Parlament abgelehnt.

Stimmrechtsalter 16: Laut unseren Statuten liegt das Mindestalter, um im FORUM aktiv mitzuwirken, nicht ganz zufällig bei 16. Darum hatten wir die parteilosen Jugendlichen in der Bantiger Post noch vor der Abstimmung an unsere November-Zusammenkunft eingeladen.

Wir kritisierten die teilweise zu wenig aussagefähigen Baupublikationen sowie jene fehlenden von Nachbargemeinden und Dritten (z.B. von Bundes-/Kts.-Ämtern), die Ostermundigen betreffen.

Verkehr Bevor wir dem Gemeinderat neue Aufträge erteilen, wollten wir, dass er zuerst die vorhandenen realisiert, z.B. den 3 Jahre alten Auftrag des Parlaments, das Verkehrskonzept (für ÖV, Autos, Motorräder, Velos, Fussgänger) zu aktualisieren. Darum waren wir nicht bereit, einen zusätzlichen Vorstoss für ein Velokonzept zu überweisen.

Wir unterstützten die Forderung, auch Perron 2 im Ostermundigen-Bahnhof müsse behindertengerecht erreichbar sein.

Einmal mehr verlangten wir vom Gemeinderat die rasche Realisierung der ganztägigen ÖV-Erschliessung der Aussenquartiere. Angeblich ist sie neu unabhängig vom Tram-Projekt sofort realisierbar.

Obschon wir die Umsiedelung des Wyss-Gartencenters an die Untere Zollgasse als sinnvoll einstufen, machten wir angesichts des erwarteten Zusatzverkehrs - an Spitzentagen werden bis 1'100 Kunden erwartet - auf die bereits heute ungenügende Leistungsfähigkeit der Umfahrungsstrasse Richtung neuer unterirdischer Wankdorf-Kreisel aufmerksam. Dies sei kein Problem, meinte der Gemeinderat, der Wyss-Zusatzverkehr finde ja ausserhalb der Rushhours statt.

Da die Umstellung auf Tram während der vermutlich langen Bauphase zu Umwegen für die Busse führen wird, befürworteten wir die Beschaffung provisorischer Unterstände für die Passagiere; sie „dürfen“ bei jedem Wetter auf vielleicht verspätete Busse warten.

Zusammen mit dem Tiefbauamt (TBA) suchten wir nach einer Lösung, um das unerwünschte Durchqueren des Terrains zwischen der Haltestelle „Sportplatzweg und dem FCO-Pavillon“ zu unterbinden. Das TBA empfahl, noch die Vorplanung fürs Tram abzuwarten; die Haltestelle müsse möglicherweise ohnehin verlegt werden.

Gegen die Absicht der Gemeinde, den Schermenweg wieder in beide Richtungen zu öffnen, intervenierten wir nicht. Hingegen werden wir uns weiterhin wehren gegen die zusätzliche Öffnung der Milchstrasse.

Unsere Frage, ob auf der Ob. Zollgasse und der Bahnhofstrasse Velostreifen möglich seien, wurde vom Tiefbauamt verneint; laut SVG seien sie auf schmalen Strassen nicht gestattet.

Tram Bereits 2008 hatten wir im Rahmen der Zweckmässigkeitsbeurteilung unmissverständlich bekannt gegeben, dass wir der Umstellung vom Bus- auf Trambetrieb nur zustimmen, wenn es die Nachteile der heutigen Busse, die zu oft im Stau stehen, nicht der Einfachheit halber und den erhofften Bundesgeldern zuliebe kopiert. Wer bereit ist, mehrere hundert Mio auszugeben, muss garantieren können, dass das Tram die Anforderungen der potenziellen Passagiere – vorbehältlich echt höherer Gewalt – für die nächsten mindestens 30 Jahre in jeder Beziehung problemlos erfüllt. Nur darum stimmten wir dem Tram-Projektierungskredit von 0,6 Mio zu. Ausserdem sind a) die Leistungsfähigkeit der Umfahrungsstrasse zu erhöhen und b) den Aussenquartieren endlich ganztägigen ÖV anzubieten. Vom Gemeinderat erwarteten wir auch, dass er für den Ostermundiger Kostenanteil Obergrenzen setzt.

Mit allen dafür geeigneten Mitteln ist das ganztägig problemlose Vorwärtskommen des Trams auf der ganzen Bernstrasse sicher zu stellen. Wie geplant ist der Transitverkehr aus dem Worbental abzuwehren, indem rasch eine für die Anwohner problemlose Strasse vom Oberfeld via Küntigrube zur Umfahrungsstrasse gebaut wird.

Gesellschaft Bei der Behandlung des Verwaltungsberichts machten wir auf die möglichen Folgen von hohen Ausländer-Anteilen (Bevölkerungszuwachs und Schulkinder) aufmerksam und baten den Gemeinderat, sinnvolle Obergrenzen zu setzen.

Wir machten im Parlament auf fehlenden Wohnraum für die betagte Bevölkerung aufmerksam. Unser Antrag, darüber zu diskutieren, wurde abgelehnt.

Wir dankten den Verantwortlichen für die Verschönerung des Platzes rund um die Feuerstelle im Ostermundiger Wald.

Wir nahmen mit Freude zur Kenntnis, dass Einbürgerungswillige künftig in einem Einführungskurs beweisen müssen, dass sie die wesentlichen Voraussetzungen für den roten Pass besitzen.

Selbstverständlich unterstützten wir die Forderung, gegen das Verschmieren von Hauswänden gezielt vorzugehen.

Betr. Google-Maps kamen wir zum Schluss, es gebe keinen überzeugenden Grund, die Präsentation von Ostermundiger Strassenbildern im Internet zu verbieten.

Unter anderem dank unseren Interventionen führt nun der renaturierte Lötschenbach endlich genügend Wasser, damit darin auch Fische leben können.

Erfolgreich an ALDI geschrieben; Essabfälle gehören nicht der Einfachheit halber in den Kehricht; sie sind frühzeitig sinnvoll zu verwerten, z.B. den Bedürftigen gratis abgeben.

Freibad (jährliches Defizit ca. ½ Mio) Sinnvollen Freizeitaktivitäten sowie gesundheitliche Anforderungen hat es möglichst optimal zu dienen. Wir befürworteten darum nur die Realisierung unseres Ziels, im erweiterten Grünbereich auch Volleyball spielen zu können. Hingegen lehnten wir es ab, für Fr. 173'500 elf zusätzliche Parkplätze zu erstellen.

Die verständliche Forderung von Badegästen, die bisherigen Lebhäge trotz Erweiterung des Bades beizubehalten, wurde von der Gemeinde abschlägig beantwortet. Es gebe angeblich nach wie vor genügend einladende Erholungszonen.

Schule Beim Schulsekretär und im Parlament die Autotransporte der Schüler durch die Eltern kritisiert.

Wir hatten uns dafür eingesetzt, dass nicht in jeder Schule der Schweiz oder gar in jeder Schule oder gar durch jede Lehrkraft die gleiche aufwändige EDV-Entwicklungsarbeit für eine zweckmässige Vermittlung des Schulstoffs nötig ist.

Immissionen und Wohnqualität Mit einer Einsprache wehrten wir uns gegen die Erweiterung der Bruttogeschossfläche (BGF) des 9. Gebäudes der neuen Rütihoger-Siedlung. Statt sinnvollem Bonus von 10% für Energie-gerechtes Bauen konnte es dank den von der Gemeinde abgesegneten Planungsschritten – sie waren erst aus den Unterlagen der Bauherrschaft ableitbar – 56% mehr BGF erhalten.

Bahnlärm: Die Messungen an der Poststrasse haben gezeigt, dass sich das Bundesamt für Verkehr trotz der starken Zunahme von Personen- und Güterzügen zu keinen zusätzlichen Lärmschutzmassnahmen verpflichtet fühlt. Ende April wurde an 1 Tag 367 Züge gezählt, die beim Bahnhof Ostermundigen vorbei fahren. Zwischen 2200 und 0600 h waren es 70 teilweise lärmige Güterzüge, mit teilweise gefährlichem Ladegut. Darum erinnerten wir die Planer ans schreckliche Bahnunglück in Viareggio. Noch ungemessen ist der Bahnlärm auf der Strecke zwischen dem Bahnhof Ostermundigen und Gümligen. Da wir überzeugt sind, die Anwohner könnten auf der ganzen Ostermundigen-Strecke mit verhältnismässig geringem Aufwand noch wesentlich besser vor Bahnlärm geschützt werden, bleiben wir am Ball.

Steingrübli-Areal: Da die Anwohner nie etwas gegen die Bissegger-Theater eingewendet hatten, wehren sie sich zu Recht gegen die Absicht, ihnen zusätzlich auch die Folgen von noch unbekanntem Musikanlässen mit zeitlich offenem Ende zuzumuten. Der Vorschlag des Gemeinderats wurde gleichwohl vom Parlament gegen die FORUM-Stimmen genehmigt. Offensichtlich verstehen die politischen Parteien unter Wohnqualität für die Anwohner und sinnvoller Planung etwas ganz Anderes als wir. Trotz bevorstehender Investitionen von 1,5 Mio verzichten sie auch auf einen Bedürfnisnachweis.

Wegen ungenügenden Schutzes der Wohnqualität neben dem Bauplatz „Rütihoger“ hatten wir beim Hochbauamt interveniert und überall in der Gemeinde gut lesbare Hausnummern an Gebäuden verlangt (erst teilweise erreicht). Dank Gesprächen der Gemeinde mit Truppen-Kommandanten und Anwohnern konnte am Schiessplatzweg die Wohnqualität spürbar verbessert werden.

Betr. Hochhaus auf dem Bären-Areal kamen wir zum Schluss, dass es keinesfalls die Wohnqualität der Anwohner zerstören dürfe.

Postzustellung: Nach wie vor ist unklar, warum die einen auf der Rüti lebenden Einwohner ihre Post weiterhin bei der Poststelle Rüti abholen müssen, die Neuzuzüger der Rütihoger-Überbauung jedoch die Hauszustellung erhalten.

Wasser auf dem Rüti-Spielplatz: Nach sehr vielen Anläufen ist es soweit, dass es in der Spielplatzhütte auch Wasser gibt.

Folgen von neuen Gebäuden: Nach der Bauausschreibung prüften wir 2 Baubegehren. Sowohl am Schiessplatzweg/Bernstrasse als auch auf dem Oberfeld (= 6000 LkW-Abfahren mit verbleiter Erde) könnten die Bauherrschaften mit dem nötigen Druck durch die Gemeinde zum Immissionsabbau beitragen. Die Gefahr, dies nicht zu tun, ist in beiden Fällen gross. Sowohl die Verwaltung als auch die Bauherrschaften können sich auf Bauvorschriften berufen, die gegen unseren Willen nicht dazu verpflichten, die Wohnqualität der Baufeld-Anwohner in ihre Planung einzubeziehen. Der Gemeinderat und die politischen Parteien hatten unseren diesbezüglichen früheren Vorstoss abgelehnt.

Unser Kommissionsmitglied wurde in der Polizeikommission vorstellig betr. das teilweise übersetzte Tempo und die Lärmfolgen auf der Bernstrasse zwischen dem COOP Rüti und Deisswil.

Mösli-Fussballplatz: Das Hochbauamt hat die Lärmklagen von Anwohnern erst genommen und dank der neu erstellten Gitterwand (Ost-/West-Richtung) die Wohnqualität spürbar verbessern können.

Eine von uns initialisierte, kostengünstige Begrünung der Bernstrasse-West könnte nach einer Besprechung doch noch wahr werden.

Behörden und Verwaltung Den Vorarbeiten für eine sinnvolle Behörden- und Verwaltungsreform stimmten wir zu, äusserten jedoch unsere Skepsis, ob sie tatsächlich zur Effizienzsteigerung führt, wie sie vor dem Start im parlamentarischen Vorstoss gefordert wurde.

Neues Verwaltungszentrum: Da die planerischen Voraussetzungen dafür in keiner Weise erfüllt waren, fiel die Behandlung der unausgereiften Vorlage ins kalte Wasser. Eigentlich müsste es auch dem Gemeinderat einleuchten, dass er in einer neuen Vorlage gleichzeitig alle Aspekte von öffentlichen Räumen (für Vereine, Tell-Saal usw.) sorgfältig zu behandeln hat. Die aus unserer Sicht zu behandelnden Kriterien hatten wir dem Gemeinderat termingerecht zugestellt.

Soziales Die verdankenswerte, leider nötige Schulsozialarbeit hat erfreuliche Ergebnisse gezeigt. Viele Schüler/innen konnten davon profitieren.

Ferieninsel: Mit der Absicht, die Kinder während 13 Wochen Schulferien sinnvoll zu beschäftigen, waren wir einverstanden. Damit ist die Frage nicht beantwortet, ob es aus gesellschaftlicher Sicht sinnvoll ist, dass Erziehungsbeauftragte zu 100% arbeiten müssen.

Sicherheit Obschon wir den bedenklichen Stand der Spezialrechnung „Feuerwehr“ kannten, stimmten wir der Beschaffung einer neuen Autodrehleiter zu. Es darf doch nicht sein, dass die Sicherheit der Bevölkerung aufs Spiel gesetzt wird, nur weil die Gemeinde - trotz unseren rechtzeitigen Warnungen - der finanziellen Seite nicht die nötige Bedeutung gegeben hatte.

Finanzen Jährlich erleben wir, wie kurzsichtig die Finanzplanung in den Gemeinden ablaufen „muss“. Dauernd wird auf die systematische Bildung von Reserven verzichtet. Am Tag X, wenn sich grosse Investitionen aufdrängen (z.B. wegen teurer Schulhaus-Renovationen), ist das Eigenkapital abzubauen. Wie wenn eine Liegenschaft oder ein Gebäude jährlich 10% vom Restwert verlieren würde. Abschreibungen sind so zu bilden, damit zu gegebener Zeit die Renovation oder der Ersatz von Objekten (Häuser, Strassen, Leitungen, Maschinen, Fahrzeuge) tatsächlich bezahlt werden können. Kurioserweise empfiehlt der Gesetzgeber die gezielte Reservebildung nur den Privaten (z.B. den Stockwerkeigentümern) und den Sozialhilfeempfängern.

Die Finanzen der Gemeinde einigermaßen zuverlässig zu budgetieren, ist ein Kunststück. Kanton und Gemeinden handeln bei ihrer Geschäftsführung nicht überall im identischen Zeitbereich.

Genereller Entwässerungsplan (GEP): Da er ein wichtiges Planungsinstrument ist, das sich auf die Gebührenpolitik direkt oder indirekt auswirkt, verlangten wir, er sei vom Parlament zu genehmigen. Gemeinderat und die politischen Parteien lehnten unseren Antrag ab.

Soweit es die Gebühren für Wasser, Abwasser, Regenwasser betrifft, besteht nun endlich Grund zur Hoffnung. Zu Handen der Gemeindebetriebe hatten wir im letzten Herbst dem Gemeinderat ein Dokument mit 17 kritischen Punkten zugestellt, das seine Wirkung offensichtlich nicht verfehlt hat.

Wir unterstützten den SVP-Vorstoss, endlich einen tieferen Steuerfuss zu erreichen. Um dieses Ziel bald zu realisieren, schlugen wir systematisches Vorgehen sowie mehrere wirkungsvolle Massnahmen vor.

7.1.10 Br